IMI-Fact-Sheet Afghanistan: Das Drama in Zahlen

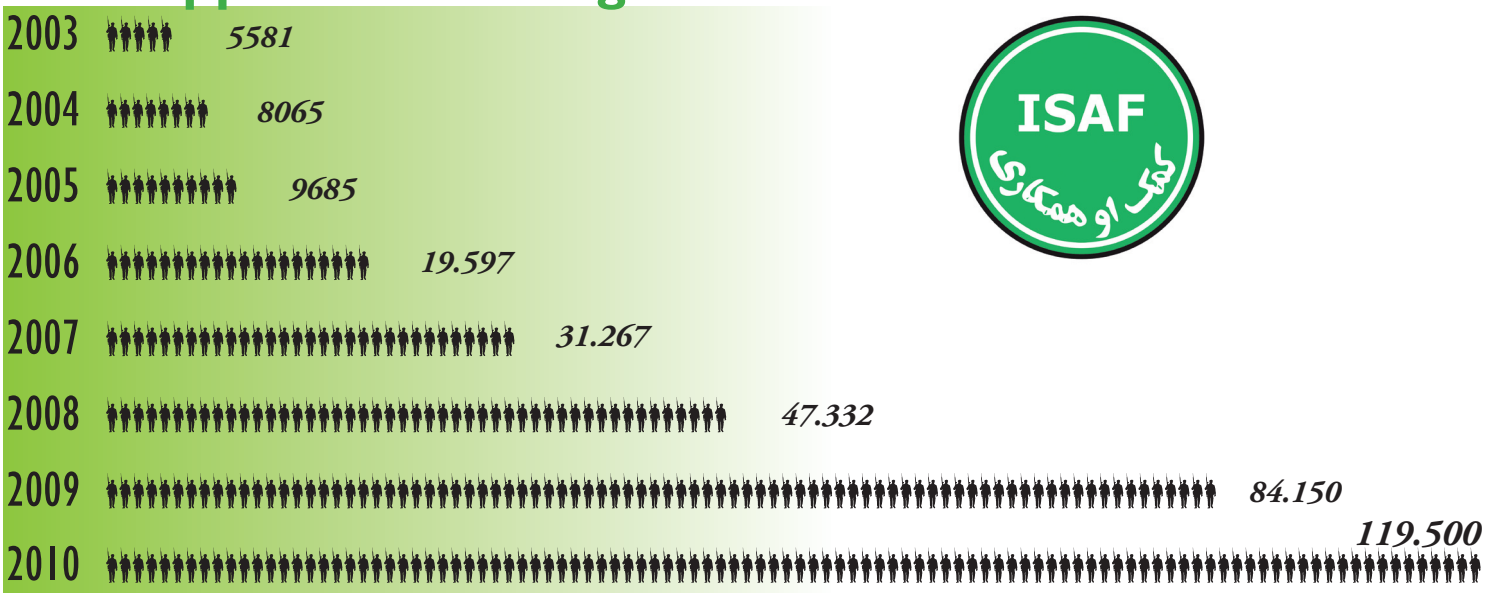
Informationsstelle Militarisierung e.V.

© IMI Juli 2010

Truppen in Afghanistan: ISAF und OEF

In Afghanistan operieren zwei formal strikt von einander getrennte westliche Kriegseinsätze: Die US-geführte „Operation Enduring Freedom“ (OEF: Mandat zur Terrorbekämpfung) und die NATO-Truppe ISAF (ursprünglich als Stabilisierungseinsatz getarnt, mittlerweile aber immer offener eine Aufstandsbekämpfungsoperation). Anfangs (2003) operierte ISAF ausschließlich in Kabul, während OEF im schwer umkämpften Süden und Osten aktiv war. Danach weitete die NATO ihr Einsatzgebiet aber in vier Phasen aus, 2004 auf den Norden, 2005 auf den Westen und schließlich 2006 auf den Süden und Osten, seither kämpfen beide Missionen faktisch Hand in Hand.

Truppenentwicklung der ISAF



= 1000 Soldaten

Gesamtgröße der westlichen Truppen:
Ca. 135.000 (ISAF und OEF). Hinzu kommen noch zahlreiche private „Sicherheitsdienstleister“. Deren Anzahl ist umstritten, Schätzungen schwanken zwischen 100.000 und 160.000.

Deutsche Truppen:
2001: 1.200; 2003: 2.250; 2005: 3.000; 2007: 3.500; 2008: 4.500; 2010: 5.350 (Kontingentobergrenze). Davon sind gegenwärtig 4.540 stationiert (Stand: 1.7.2010).

US-Truppen (ISAF+OEF):
OEF: ca 16.000 (Juni 2010)
ISAF: 78.430 (Juni 2010).

Truppensteller ISAF

2010

Albanien	250	Griechenland	75	Montenegro	30	Spanien	1415
Aserbaidschan	90	Irland	7	Neuseeland	155	Tschechische Republik	525
Australien	1550	Island	3	Niederlande	1705	Türkei	1710
Belgien	590	Italien	3300	Norwegen	500	Ukraine	15
Bosnien und Herzegowina	10	Jordanien	6	Österreich	3	Ungarn	340
Bulgarien	525	Kanada	2830	Polen	2500	USA	78430
Dänemark	750	Kroatien	280	Portugal	265	Vereinigten Arabischen Emirate	25
Deutschland	4350	Lettland	170	Rumänien	1140	Vereinigtes Königreich	9500
Estland	160	Litauen	245	Schweden	500		
Finnland	115	Luxemburg	9	Singapur	40		
Frankreich	3750	Mazedonien	210	Slowakei	290		
Georgien	925	Mongolei	40	Slowenien	75		

Gesamt ca.: 119.500

Deutscher Kriegsbeitrag

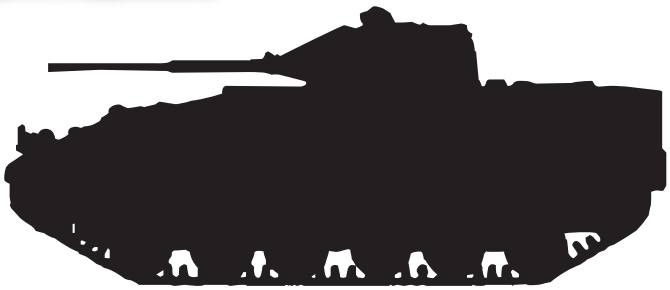
Für deutsche Soldaten besteht – bislang noch - die Einschränkung, dass sie fast ausschließlich im Norden eingesetzt werden dürfen, während der Großteil der Kampfhandlungen im Süden und Osten stattfindet. Vor diesem Hintergrund wird v.a. von US-Seite immenser Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, nicht nur mehr Soldaten zu entsenden, sondern diese auch in die stark umkämpften Gebiete zu schicken. Die Bundesregierung wäre dem wohl schon längst nachgekommen, wäre die Ablehnung hiergegen in der Bevölkerung nicht überwältigend. Aus diesem Grund vergrößert sie schrittweise den deutschen Kriegsbeitrag.

Die wichtigsten Schritte der „Salamitaktik“

2007: Entsendung der Bundeswehr-Tornados: Etwa 50% der Aufklärungsflüge fanden im Süden statt. Auf Grundlage dieser Daten erfolgen Bombardements, bei denen auch immer wieder zahlreiche Zivilisten ums Leben kommen.

Mitte 2008: Übernahme der „Quick Reaction Force“ von Norwegen. Die einzige Aufgabe dieser als Feuerwehrtruppe bezeichneten Einheit ist die Aufstandsbekämpfung im Norden (und Westen) Afghanistans, wo der Widerstand inzwischen ebenfalls an Boden gewinnt.

Herbst 2008: Erhöhung des Bundeswehrkontingents von 3500 auf 4500 Soldaten. Erstmalige Verlängerung eines Bundeswehreinsatzes um 14 statt wie bisher üblich um 12 Monate, um das Thema aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten.



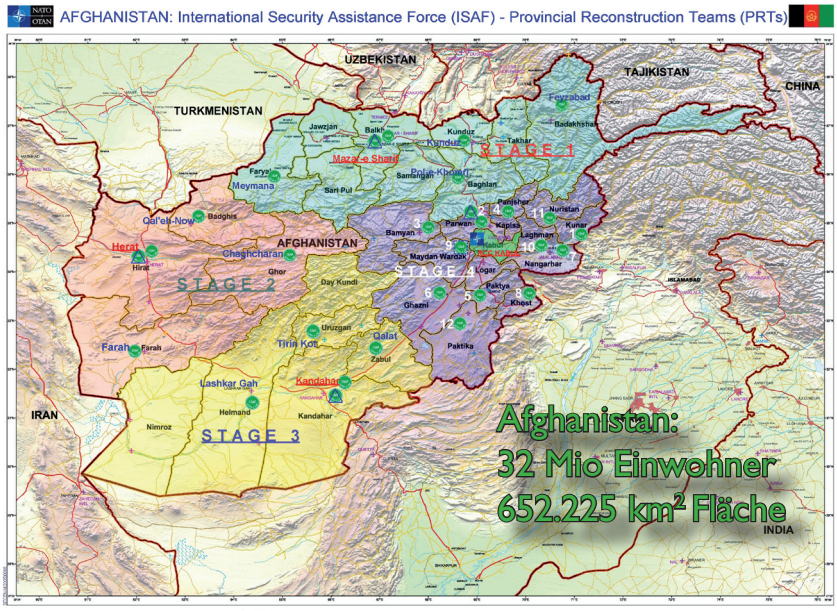
Sommer 2009: Beschluss zur Entsendung von AWACS-Flugzeugen, die als Feuerleitzentrale für den Bodenkrieg fungieren (Deutschland trägt 27% der Kosten und stellt 40% des Personals). Die Flugzeuge wurden letzlich aufgrund von Problemen mit Überflugsrechten nicht entsandt.

Sommer 2009: Bundeswehr geht in die Offensive. Bei der „Operation Adler“ Mitte Juli setzt die Bundeswehr erstmals schweres Gerät ein (Mörser und Schützenpanzer). Im selben Monat wird die „Taschenkarte“ geändert, die vorgibt, unter welchen Umständen Bundeswehrsoldaten Gewalt anwenden dürfen. Sie wurde deutlich hin zu offensiverem Vorgehen abgeändert, u.a. sind jetzt Präventivangriffe erlaubt.

Ende 2009: Am 4. September 2009 sterben zahlreiche Menschen in Folge eines durch einen deutschen Oberst angeforderten Luftangriffs. Im Dezember 2009 verlängert der Bundestag das Afghanistan-Mandat.

Januar 2010: Auf der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 wurde ein weiterer Ausbau des deutschen Kriegsengagements beschlossen. Die Obergrenze des Bundeswehrkontingents wurde um 850 Soldaten auf 5350 und die Zahl der Polizeiausbilder von 123 auf 200 angehoben. Gleichzeitig stiegen die Kosten des Einsatzes erstmals über 1 Mrd. Euro für 12 Monate. Die tatsächlich anfallenden Beträge sind sogar noch ungleich höher (s.u.).

Juli 2010: Verteidigungsminister zu Guttenberg stellt erste Überlegungen für die Zeit nach einem westlichen Teilabzug an. Man müsse sich schon jetzt „Gedanken machen über Nachsorgeelemente“, so zu Guttenberg. Dies beinhalte auch „die internationale Koordination des Einsatzes von Nachrichtendiensten und Spezialkräften.“



Karte: NATO

Die materiellen Kosten des Afghanistan-Krieges

USA: Einschließlich der Kosten im Haushaltsjahr 2009 haben die USA seit Beginn des Afghanistan-Krieges etwa 223 Mrd. Dollar ausgegeben. Aufgrund der zusätzlichen 30.000 US-Soldaten dürften allein im Jahr 2010 weitere 108 Mrd. Dollar hinzukommen.

Deutschland: 2008 fielen für den ISAF-Bundeswehreinsatz 536 Mio. Euro (ursprünglich waren 487 Mio. geplant) an. 2009 waren es ca. 690 Mio. Euro (für 14 statt wie bislang 12 Monate). Für 2010 waren ursprünglich 820,7 Mio. Euro vorgesehen, die Zahl stieg aufgrund der Kontingentserhöhung nun jedoch auf 1,059 Mrd. Euro. Allerdings sind in diesen offiziellen Zahlen zahlreiche versteckte Kosten nicht enthalten. Rechnet man diese mit ein, ergeben sich laut „Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) jährliche Kosten von 2,5 bis 3 Mrd. Euro. Am Ende dürfte sich die Gesamtrechnung des Kriegs nach DIW-Schätzung auf 26,2 bis 46,8 Mrd. Euro belaufen.

Eskalation der Kampfhandlungen

Sicherheitsvorfälle (Zusammenstöße zwischen Widerstand und westlichen Truppen): 2005: 1755; 2006: 3589; 2007: 6000; 2008: ca. 10.000; 2009: ca. 16.000. Im ersten Halbjahr 2010 ist ein weiterer Anstieg zu verzeichen.

Selbstmordanschläge: 2001-2005: 7; 2005: 9; 2006: 97; 2007: 142; 2008: 148; 2009: 180.

Opfer unter westlichen Soldaten:

USA: 1.136
Nicht-US: Großbritannien: 309; Kanada: 150; Deutschland: 42
Gesamt: 1.881 (Stand: 28.9.2010)

Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung

Die Angaben über die Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung variieren stark. Darüber hinaus gibt es in diesem Bereich auch eine hohe Dunkelziffer. Einig sind sich die verschiedenen Berichte, dass die Zahlen massiv nach oben gegangen sind. **Zahlen der UNAMA (UN-Mission in Afghanistan): Zivilopfer 2006: 929; 2007: 1.523; 2008: 2.118; 2009: 2.259.**

„Afghanisierung“ des Krieges:

Zielgrößen der Sicherheitskräfte

Das US-Militär geht davon aus, dass für eine „erfolgreiche“ Befriedung eines Landes wie Afghanistan 20-25 Soldaten auf 1.000 Einwohner erforderlich sind. Das bedeutet bei einer Bevölkerung von etwa 32 Mio. ein Truppenbedarf von 640.000-800.000 Soldaten. Es ist klar, dass trotz der jüngsten massiven Erhöhungen der westlichen Truppen eine solche Zahl bei weitem nicht erreicht werden kann. Deshalb soll durch den drastischen Ausbau der einheimischen Kräfte, diese Deckungslücke geschlossen werden.

Zielgröße der afghanischen Armee: 270.000 (ursprünglich 85.000)

Zielgröße der afghanischen Polizei: 134.000 (ursprünglich 82.000)

Opfer afghanische Polizei: 2007: 803; 2008: 880; 2009: 646

Opfer afghanische Armee: 2007: 209; 2008: 226; 2009: 282

Jährliche Kosten der afghanischen Sicherheitskräfte: Ca. 2-3 Mrd. Dollar, also ein Vielfaches des afghanischen Haushalts.

EUPOL Afghanistan: EU baut afghanische Repressionsorgane mit auf

Die Ausbildung der afghanischen Polizei übernimmt inzwischen vor allem die EU-Mission „EUPOL Afghanistan“, die Mitte 2007 gestartet wurde. Bislang umfasst EUPOL Afghanistan ca. 445 Beamte (EU plus lokale), Deutschland stellt ca. 25% davon.

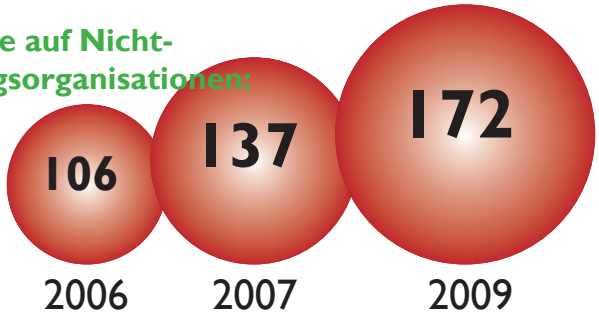
Afghanistans „Zukunft“: Autoritärer Militärstaat

Die afghanische „Regierung“ ist hoffnungslos korrupt und setzt sich aus zahlreichen Warlords zusammen. Da diesen Machthabern derzeit die Repressionsorgane aufgebaut werden, um gegen den Widerstand vorzugehen, droht Afghanistan eine Zukunft als autoritärer Militärstaat. Dies scheint wohl einkalkuliert zu sein, wie ein Kommentar der taz (13.09.2009) feststellt: „Das Maximum, das der Westen in Afghanistan noch erhoffen kann, ist, einen autoritären Potentaten zu hinterlassen, der getreu dem US-amerikanischen Bonmot ‚Er ist ein Hurensohn, aber er ist unser Hurensohn‘, der die Regierung auf prowestlichem Kurs hält. Sicherheitspolitisch könnte das sogar funktionieren, weil dessen Terror sich dann ‚nur‘ gegen die eigene Bevölkerung und vielleicht noch gegen Nachbarstaaten, nicht aber gegen den Westen richtet.“

CIMIC: Effektivierung der Besatzung

Um eine quasi-Kolonie wie Afghanistan effektiv unter Kontrolle zu halten, sollen in Afghanistan im Rahmen der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit“ (Comprehensive Approach), zivile Akteure vom Brunnenbauer über den Verwaltungsexperten bis hin zum Agrotechniker in den Dienst der Besatzung gestellt werden. Der Dachverband deutscher NGO-Entwicklungsorganisationen (VENRO) kritisiert dies scharf: „Das Konzept der ‚Vernetzten Sicherheit‘ – im NATO-Jargon ‚Comprehensive Approach‘ – bedeutet in der Konsequenz, dass die staatliche Entwicklungszusammenarbeit und Aufbauhilfe den militärischen Zielen im Sinne einer ‚Aufstandsbekämpfung‘ untergeordnet ist. [...] Im Extremfall führt dies dazu, dass Hilfsorganisationen von Teilen der Bevölkerung als Parteigänger des Militärs gesehen und von Aufständischen als vermeintlich legitime Angriffsziele eingestuft werden.“

Anschläge auf Nichtregierungsorganisationen:

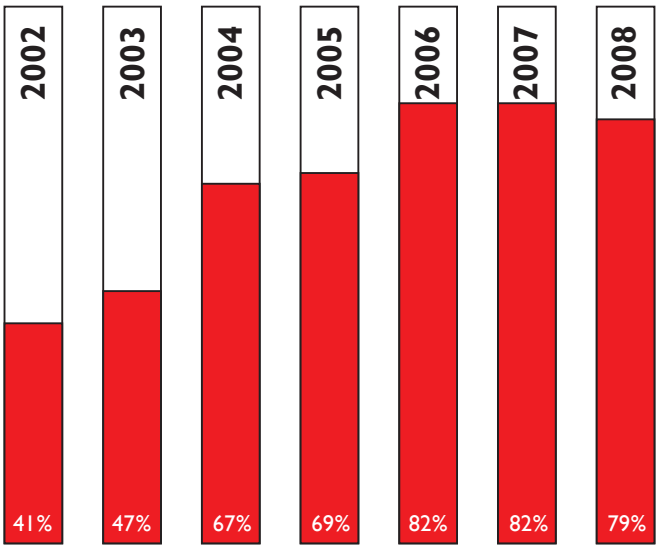


Afghanische Wirtschaft

Afghanistan wurden im Rahmen der Besatzung neoliberale Wirtschaftsreformen verordnet. U.a. die weitgehende Abschaffung von Schutzzöllen, die umfassende Privatisierung von Staatsbetrieben und Steuerbefreiungen für vier bis acht Jahre für investierende westliche Konzerne. Afghanistan sei „eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt“, so das „Bundesamt für Außenwirtschaft“. Die verordneten Privatisierungen führen darüber hinaus zu Massenentlassungen und tragen damit zur hohen Arbeitslosenquote bei. Laut einer USD-Militärstudie vom Oktober 2009 stehen lediglich 10% des afghanischen Widerstands den Taliban (oder gar Al-Kaida) nahe. Einer Oxfam-Umfrage vom November 2009 zufolge sehen 70 Prozent der Befragten in Afghanistan Armut und Arbeitslosigkeit als Hauptursache für den andauernden bewaffneten Konflikt in ihrem Land.

Boombranche Drogenanbau

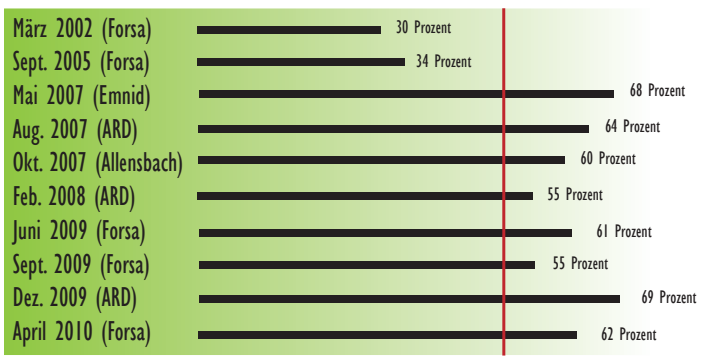
Anteil des afghanischen Opiums an der Weltproduktion:



Zwar ging die Anbaufläche 2008 und 2009 zurück, dies hat jedoch primär mit höheren Erträgen pro Hektar zu tun. Hauptanbaugebiete sind die südlichen Provinzen Helmand und Kandahar. Laut „United Nations Office on Drugs and Crime“ (UNODC) werden 75 Prozent der Profite aus dem Drogenhandel in Afghanistan von Regierungsmitarbeitern eingestrichen. http://www.unodc.org/

Ablehnung des Einsatzes!

In Deutschland lehnt die Mehrheit den Afghanistan Einsatz ab!



Höhe der Entwicklungshilfe

Das Hauptproblem mit der Entwicklungshilfe in Afghanistan ist nicht einmal, dass bislang deutlich weniger ausbezahlt wurde, als ursprünglich zugesagt worden war. Vielmehr wandert ein Großteil der Gelder zurück in die Taschen westlicher Wiederaufbaukonzerne oder wird für sicherheitsrelevante Ausgaben teils sogar zur direkten Unterstützung der Aufstandsbekämpfung zweckentfremdet. So bleibt für humanitäre Ausgaben wenig bis kein Geld mehr übrig.

Zugesagte Gelder 2002-2008: 25 Mrd. Dollar
Ausbezahlte Gelder 2002-2008: 15 Mrd. Dollar (davon Deutschland: 767,8 Mio. Dollar von versprochenen 1226 Mio. Dollar)

Anteil des Geldes, das direkt in die Taschen westlicher Firmen zurückwandert („gebundene Hilfe“): 40% (laut Oxfam) bis 90% (laut „Center for Strategic and International Studies“).

Ausgaben sämtlicher Geberländer zwischen 2002 und 2006 für Nahrungs- und Gesundheitsprogramme: 433 Mio. Dollar.

Soziale Situation

- 40% der Bevölkerung waren 2008 arbeitslos (Schätzung des CIA Fact Book, andere Quellen geben noch höhere Zahlen an)
- 61% der Bevölkerung sind chronisch unterernährt
- Die Lebenserwartung ist auf 43,1 Jahre gesunken
- Die Alphabetisierungsrate (Erwachsene) ist von 28,7% auf 23,5% gefallen
- Lediglich 13% der Afghanen haben gesicherten Zugang zu Trinkwasser

Krieg für Frauenrechte?

Zu den wenigen einigermaßen verlässlichen Indikatoren über den Stand der Frauenrechte zählt die Tatsache, dass die Zahl der Selbstmorde in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. 20-30 Prozent der Frauen sind opiumabhängig, die Prostitution nimmt zu. Im Juli 2009 warnte ein UN-Bericht vor der „wachsenden Gewalt“ gegen Frauen, insbesondere Vergewaltigungen würden sprunghaft zunehmen.

Quellen:

Die meisten Daten und Hintergrundinformationen sind den verschiedenen IMI-Studien und Analysen zu Afghanistan entnommen, die auf folgender Sonderseite zu finden sind: http://www.imi-online.de/2006.php3?id=1454
Darüber hinaus verwendete Quellen:

- Campbell, Jason H./Shapiro, Jeremy: Afghanistan Index. Tracking Variables of Reconstruction & Security in Post-9/11 Afghanistan, Brookings Institution, 29.06.2010
- Oxfam: The Cost of War: Afghan Experiences of Conflict, 1978 – 2009, 18.11.2009
- Todd Harrison: Estimating funding for Afghanistan, CSBA, 01.12.2009
- UN: The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security, 28.12.2009